



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Sie erhalten das letzte Mal den Blickpunkt von mir in der bisher gestalteten Form. Im Neuen Jahr werden mein Kollege Dr. Karl-Ludwig von Danwitz und ich einen gemeinsamen Blickpunkt herausgeben, um Ihnen noch umfangreicher berichten zu können. Der Heidekreis ist groß und wir beide sitzen in unterschiedlichen Ausschüssen. Dr. von Danwitz gehört dem Kultus-, Medien- und Petitionsausschuss an. Ich bleibe im Sozialausschuss als behindertenpolitische Sprecherin und als Vorsitzende im Ausschuss für Bundes-, Europaangelegenheiten und Regionalentwicklung. Außerdem gehöre ich dem Ältestenrat und dem Präsidium des Landtages an.

Seien Sie gespannt auf die Neuerungen und bis dahin verbleibe ich mit herzlichen Grüßen

Ihre

Gudrun Pieper



V.i.S.d.P.

Gudrun Pieper

Hauptstraße 9

29690 Schwarmstedt

Tel.: (05071) 800 25 25
info@gudrunpieper.de



Inhalt

Persönliche Gedanken	Seite 1-2
Europaausschuss	Seite 3
Wahlkreisnews	Seite 4

Was für ein Jahr.... persönliche Gedanken....

Hätte mir jemand Anfang 2017 gesagt, dass im Jahre 2017 Neuwahlen für den Niedersächsischen Landtag sein werden, hätte ich, frei nach Asterix und Obelix gesagt: "Die spinnen..."

Wir alle wissen nun, dass es doch so gekommen ist und der neu gewählte Niedersächsische Landtag hat endgültig im Dezember seine Arbeit aufgenommen.

Der Wahlkampf war kurz und heftig. Dankbar bin ich darüber, dass wir hier in unserem Heidekreis keine ‚dirty campagne‘ (schmutzigen Wahlkampf) betrieben, sondern uns sachlich auseinandergesetzt haben. Dankbar bin ich darüber, dass ich auch wieder dem Niedersächsischen Landtag angehören darf und somit meine Wahlkreisarbeit fortsetzen kann.

Lange Zeit zum Nachdenken nach der Wahl hatte ich jedoch nicht, denn die erste Gelegenheit zur kraftvollen Arbeit ließ nicht lange auf sich warten, denn unser Landesvorsitzender Dr. Bernd Althusmann bat mich an den Sondierungs- und späteren Koalitionsgesprächen zur Bildung einer neuen Landesregierung teilzunehmen. Eine große Ehre für mich.

Insofern sehen Sie es mir bitte nach, dass ich durch die vielen Verhandlungsstunden und –tage weniger vor Ort war. Wichtig war für uns alle, dass wir eine tragfähige und verantwortungsvolle Regierung bilden können, um auch das Vertrauen unserer Menschen in Niedersachsen zu behalten oder auch zurück zu gewinnen.

Natürlich ist eine große Koalition, so wie sie jetzt besteht, nicht das erste Ziel einer Partei, nicht die Wunschkoalition, aber wenn man sich

zur Wahl stellt, muss man auch Verantwortung übernehmen und Gestaltungswillen zeigen. Und: Eine große Koalition ist etwas Neues für Niedersachsen und eröffnet Chancen für neue und grundlegende Weichenstellungen für die Zukunft, ohne das Recht der kleineren Parteien zu schwächen! Es ist jetzt die besondere Herausforderung dieser Konstellation, die Oppositionsrechte zu stärken und gleichzeitig der Gefahr von populistischem Missbrauch keine Bühne zu verschaffen. Die entsprechenden Handlungsmöglichkeiten, sowie Antworten und Instrumente befinden sich derzeit noch in der Abstimmung, aber alle Demokraten haben hier eine gemeinsame große Verantwortung.

Wir werden in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen stehen, die unser Bundesland nach vorne bringen können. Diese Chancen müssen wir mit aller Kraft nutzen. Natürlich sind die Themen vielfach geblieben. Ob z.B. das Gesetz für Sicherheit und Ordnung oder das Gesetz zur Teilhabe oder das Gesetz gegen den Wohnraummissbrauch, Unterrichtsversorgung oder Krankenhausplanung, alles Themen, die uns weiterhin beschäftigen und über die wir auch in Zukunft regelmäßig berichten werden.

Der Koalitionsvertrag trägt sehr deutlich die Handschrift der CDU und wir haben in den Verhandlungen mit der SPD wesentliche Inhalte unseres Regierungsprogramms durchsetzen können. So haben wir klare Akzente für bessere Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler sowie mehr Wertschätzung für unsere Lehrkräfte durchsetzen können. Ebenso haben wir im Bereich der Inklusion die von uns geforderte ‚Pause‘ verankert, um die Konzepte zu überarbeiten. Inklusion muss gelingen, aber

Plenarsaal im neuen Glanz



Am 27. Oktober 2017 fand die Einweihung des neuen Plenarsaals unter Mitwirkung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und der Präsidentin der südafrikanischen Provinz Eastern Cape, Frau Noxolo Kiviet, statt. Der zu der Zeit amtierende Landtagspräsident Bernd Busemann hatte über 600 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Verbänden zu einem Festakt eingeladen. Beeindruckend, was in der fast 3-jährigen Bauphase entstanden ist. Gäste, Mitarbeiter und Abgeordnete waren begeistert und im kommenden Jahr können sich auch alle Gäste meiner Landtagsfahrten von der gelungenen Sanierung ein Bild machen. Im Februar 2018 soll noch ein Tag der offenen Tür stattfinden. Achten Sie bitte auf die Presseveröffentlichungen.



bitte nicht auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler, sowie Lehrkräften ausgetragen werden. Gute Rahmenbedingungen, Ausbildungen, Fachkräfte sind Grundvoraussetzungen, die Inklusion nachhaltig zum Erfolg führen wird. Eltern und Kinder benötigen

nach wie vor Wahlmöglichkeiten, um für sich die beste Schule für die Entwicklung ihres Kindes zu haben. Dort, wo die inklusive Schule schon jetzt erfolgreich arbeitet, soll sie auch weiterhin bestehen. Dort, wo noch Nachholbedarf besteht, sollen Unterstützungsmechanismen greifen. Hier sind wir als Politik gefordert! Die uns immer wieder unterstellte „Rolle rückwärts“ gibt es nicht! Lediglich ist der Zeitraum zur Einführung der inklusiven Schule verlängert worden. Und das ist richtig! Und wer als Schule Bestandschutz beantragt, muss auch ein zukunftsfähiges Konzept vorlegen.

Mit der großen Koalition werden wir auch die digitale

Infrastruktur flächendeckend ausbauen und mit bis zu 3000 neuen Stellen im Polizeidienst werden wir die Sicherheit in unserem Bundesland erhöhen. Im ersten Schritt werden bis zu 1500 neue Polizeianwärterinnen und –anwärter in den Polizeiakademien eingestellt.



Bei den Koalitionsverhandlungen Foto: @dpa

Ein weiteres besonderes Anliegen ist die Entwicklung unserer unterschiedlichen Landesteile. Sowohl die Städte als auch die ländlichen Regionen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen entsprechend der Bedarfe gefördert werden, um für unsere Menschen beste Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen zu schaffen. Es gibt also für die nächsten fünf Jahre viel zu tun.

Zunächst arbeiten wir das sog. ‚Liegengebliebene‘ ab um dann parallel die neuen Ideen, die aus dem Koalitionsvertrag erwachsen sind, Stück für Stück umzusetzen. Die Koalitionsverhandlungen waren schwierig, doch das Ergebnis kann sich sehen lassen. Wir werden Ihr verlässlicher, konstruktiver Partner sein und ich bitte um Ihre Unterstützung, um Ihre Anregungen, um Ihre Kritik. Nur so können wir auch immer unser eigenes Tun überprüfen.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie

ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen fröhlichen, zuvorsichtlichen Rutsch ins Neue Jahr. Ich schaue positiv in die Zukunft und wünsche es Ihnen ebenfalls.

Mit herzlichen, weihnachtlichen Grüßen

Ihre

Andreas Pommers



Kommission fördert Projekte zur nachhaltigen Stadtentwicklung mit 100 Mio. EUR

– Städte können sich um EU-Mittel bewerben

Ab dem 15.12. können sich Städte und Kommunen mit innovativen Projektideen zur nachhaltigen Stadtentwicklung um EU-Fördermittel bewerben. Mit der Initiative „Urban Innovative Actions“ will die EU-Kommission kreative Projekte in ganz Europa mit bis zu 100 Mio. EUR in folgenden Bereichen unterstützen:

- Anpassung an den Klimawandel,
- Luftqualität,
- Wohnen,
- Arbeitsplätze und
- Kompetenzen in der lokalen Wirtschaft.

Die Bewerbungsfrist endet am 30.03.2018.



Aus dem Europaausschuss

Neues Ministerium für Europa- und Bundesangelegenheiten und Regionalentwicklung in Niedersachsen

Mit Beschluss der Landesregierung vom 22. November 2017 wurde das Niedersächsische Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung geschaffen. Damit übernimmt Frau Ministerin Birgit Honé die Aufgaben der Europaministerin in Niedersachsen. Im Ausschuss werden wir am 18. Januar darüber unterrichtet, welche Schwerpunkte sich die Ministerin für die kommende Legislaturperiode setzt. Gemessen an der wichtigen Förderkulisse, auch für unseren Heidekreis, werde ich gerade im Hinblick auf die regionale Entwicklung

sehr genau darauf achten, dass wir die Chancen ergreifen, um unseren Heidekreis nach vorne zu entwickeln.

Ein weiterer Schwerpunkt wird die Unterrichtung im Ausschuss über die Europakonferenz sein, denn am 1. Juli 2017 übernahm das Land Niedersachsen für ein Jahr den Vorsitz der Europaministerkonferenz (EMK) von Mecklenburg-Vorpommern und deren Ständiger Arbeitsgruppe (StAG). Die EMK vertritt die Interessen der 16 deutschen Länder in Europaangelegenheiten gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Union (EU). Sie stimmt die

europapolitischen Aktivitäten der Länder ab und koordiniert ihre Informationspolitik zur Förderung des europäischen Gedankens. Im Jahr 2017 feierte die EMK ihr 25-jähriges Jubiläum.



Ministerin Birgit Honé

FROHE
WEIHNACHTEN
JOYEUX
NOËL
BUON
NATALE



GOD JUL
FELIZ
NAVIDAD
SCHÖNI
WIENACHT
MERRY
XMAS

Gesundheitsaktionsprogramm der EU: KOM nimmt Arbeitsprogramm 2018 an

Am 13.12. hat die Europäische Kommission ihr Arbeitsprogramm für die Umsetzung des dritten Gesundheitsaktionsprogramms der Union im Jahr 2018 angenommen. Das Gesamtbudget für 2018 beträgt etwas mehr als 62 Millionen EUR.

Das Arbeitsprogramm 2018 wird sich auf folgende vorrangige Bereiche konzentrieren:

- Unterstützung der europäischen Referenznetze für seltene und komplexe Krankheiten (29 % des Haushalts);
- Förderung von Gesundheit

und Prävention von chronischen und schweren Krankheiten (15 %);

- Stärkung der Bereitschaft und Reaktion auf schwerwiegende grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren (15 %); und
- Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften für Medizinprodukte (7 %)



Mit einem Gesamtbudget von fast 450 Mio. EUR für den Zeitraum 2014-2020 ist das Gesundheitsprogramm das wichtigste Finanzierungsinstrument für die Koordinierung der Politik

im Gesundheitsbereich und unterstützt und ergänzt die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Erreichung der wichtigsten Prioritäten der Kommission. Dies geschieht durch die Verfolgung der folgenden vier spezifischen Ziele: (1) Gesundheitsförderung, Krankheitsprävention und Förderung eines gesunden Lebens durch "Gesundheit in allen Politikbereichen"; (2) Schutz der EU-Bürger vor schwerwiegenden grenzüberschreitenden Bedrohungen der Gesundheit (3) Beitrag zu innovativen, wirksamen und nachhaltigen Gesundheitssystemen; (4) Erleichterung des Zugangs zu einer sicheren und qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung für EU-Bürgerinnen und -bürger.



Weihnachtlicher Besuch bei der Polizei

Es ist bereits seit vielen Jahren Brauch, dass ich, kurz vor Weihnachten, der Polizei einen Besuch abstatte. So auch in diesem Jahr. Gemeinsam mit den zugehörigen Gemeindeverbandsvorsitzenden Uta Paschke-Albeshausen, Sabine Jung und Henrik Rump, habe ich die Polizeikommissariate Bad Fallingbostel und Walsrode sowie die Polizeistation Schwarmstedt besucht. Mir ist es ein großes Anliegen mich bei der Polizei für deren wertvolle Arbeit zu bedanken. Unsere

Polizei ist bei der Bevölkerung hoch anerkannt und leistet wichtige Arbeit. Die Mitarbeiter der Polizeidienststellen gehen mit hoher Professionalität und mit großer Motivation, tagtäglich, auch an den Feiertagen, ihrer anspruchsvollen, umfangreichen Arbeit nach. Mit der Einstellung von 3000 zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten, gehen wir den ersten Schritt zur Entlastung der personellen Situation. Die Dienststellenleiter Helmut Brooks-Kregel und Andreas

Bensch haben mir allerdings auch deutlich gemacht, dass es einer Übergangsregelung für die nächsten vier Jahre bedarf, ehe die neuen Polizeianwärterinnen und -anwärter die Ausbildung abgeschlossen haben. Die personelle Lage wird durch das EU-Arbeitszeitrecht zusätzlich erschwert, da man für einen Schichtzeitraum von 24 Stunden wesentlich mehr Personal als vorher benötigt. Ich werde im Landtag verstärkt darauf achten, dass hier Verbesserungen erarbeitet werden.

Neuen Plenarsaal besucht

Mein Landtagskollege Dr. Karl-Ludwig von Danwitz und ich konnten uns kürzlich über Besuch im Landtag aus unserem Heidekreis freuen. Als eine der ersten Gruppen hatten unsere Gäste die Gelegenheit den neuen Plenarsaal von der Besuchertribüne aus, während einer Plenarsitzung, live zu erleben. Sie lauschten den Stellungnahmen für den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018, die teilweise sehr leiden-



schaftlich ausfielen. Bei dem im Anschluss geführten persönlichen Gespräch standen wir unseren Gästen zu aktuellen Themen Rede und Antwort. Ein Stadtbummel durch das weihnachtlich geschmückte Hannover und ein Besuch des Weihnachtsmarkts an der Marktkirche rundete das Programm ab.

Bevor die Gäste die Rückfahrt antraten, gab es ein weiteres Highlight: die neue Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast betrat spontan den Reisebus, bedankte sich bei allen Anwesenden für die breite Unterstützung und sicherte zu, das Thema Wolf, im Interesse der Landwirte voranzutreiben, um einen wirksamen Schutz der Nutztiere zu gewährleisten.



Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast richtet persönliche Worte an die Besucher

Wahlergebnisse kritisch betrachten

Momentan kommen wir nicht umhin, die Wahlergebnisse der Landtags- und Bundestagswahl zu analysieren und kritisch zu betrachten. Davon geprägt war auch die Mitgliederversammlung der Jungen Union Heidekreis. Die JU hat sich das Ziel gesetzt, den Aufarbeitungsprozess konstruktiv mit konkreten Vorschlägen zu begleiten. In der heutigen Zeit sei es besonders wichtig Menschen dazu zu bewegen, Farbe zu bekennen, sich zu engagieren und zu unseren demokratischen Grundsätzen zu stehen, machte der Vorsitzende Timo Albeshausen deutlich. Mit regelmäßigen Veranstaltungen und Aktivitäten will die JU auch im kommenden Jahr vermehrt Präsenz zeigen.



v.lks.: Sören Engel, Timo Albeshausen, Gudrun Pieper, Henrike Börstling, Stefan Gärtner

Krelinger Bauerntag im Geistlichen Rüstzentrum

Beim Krelinger Bauerntag habe ich zum Thema „Pflege im ländlichen Raum“ referiert. Sowohl Einrichtungsträger als auch Kommunen sind gefordert bessere Bedingungen für die Ausbildung von Pflegekräften zu schaffen. Gute Pflege kostet Geld. Wenn wir die Qualität der Pflege verbessern wollen, sind eine leistungsgerechte Vergütung und eine Entbürokratisierung unabdingbar.

